





# Aufforderung zur Hungerblockade.

Die bayerischen Agrarier legen los. In der Deutschen Tageszeitung erlassen der bayerische christliche Bauernverein, der bayerische Bauernbund, der Bund der Landwirte für Bayern und der Zweckverband landwirtschaftlicher Körper Bayerns eine Erklärung, die die beständigen Angriffe gegen die Regierung und gegen die geplante Auflösung der Einwohnerwehren enthält. Es heißt in dieser Erklärung:

Die Reichsregierung hat sich in den Verhandlungen mit den Aufrehrten zu München in der Frage der Einwohnerwehren und in der Verhandlung mit den Gewerkschaften zu Erfurt nicht nur verweigert, sondern die Forderungen der Aufrehrten an ein Massengesetz zu heben. Sie hat in der Frage der Einwohnerwehren unredliche Eingriffe fremder Staaten in die inneren Angelegenheiten des Reiches gemacht, die nicht anerkannt werden können. Wir protestieren insbesondere gegen die Ermahnungen von Minister und gegen die Beschlüsse zwischen Vertretern der Reichsregierungsparteien im Reich und der Leitung des Generalstreiks und besonders gegen die dem Gewerkschaftsbund gegebene Aufgabe, die Einwohnerwehren aufzulösen und Ortswehren nach den Vorschlägen der Arbeiterorganisationen einzurichten. Wir verlangen von der bayerischen Regierung, daß sie der Forderung der Auflösung der Einwohnerwehren mit allen Mitteln entgegentritt und fordert die bayerischen, besonders auch die bayerischen Einwohnerwehren auf, unter keiner Bedingung ihre Waffen abzugeben.

Diese Lüne können höchstens durch ihre Tapferkeit imponieren. Die Auflösung der Einwohnerwehren wird von der Entente im Verfolg der Bestimmungen des Friedensvertrages gefordert. Jede Widerstandlichkeit bringt neues Unglück über das deutsche Volk, bedeutet die Befestigung weiterer Landesteile, bedeutet aber auch die direkte Unterstützung der Blinde der französischen Militaristen. In diesem Punkte sind die bayerischen Agrarier samt ihrem Ministerpräsidenten Dr. von Kahr und den Ointerräumern Dr. Heim und Schlittenbauer von einer hoffnungslosen politischen Einschüchternheit, um nicht zu sagen Dummheit, befangen. Ihre Gut über die Verhandlungen der Regierung mit den Gewerkschaften, über das Wieseler-Abkommen und die Durchsetzung der Sicherheitsorgane mit organisierten Arbeitern läßt die ganze durch und durch reaktionäre Gesinnung dieser Leute erkennen. Aber das ist noch nicht das Schlimmste. Die Herrschaften fürchten sich nicht bei Protesten, sie rufen zu energischem Widerstand auf.

Die bayerische Bauernschaft lehnt es ab, sich von einer Klassenregimentierung in Berlin regieren zu lassen. Und nun hört man, nach welchen Richtlinien dieser energische Widerstand organisiert werden soll. Auf die durch die Presse gegangene Nachricht, daß zur Ordnung der Verhältnisse in Bayern ein Reichskommissar dorthin geschickt werden soll, erklären die bayerischen Bauern:

Zu unserer Freude hat die bayerische Regierung gegen diese Maßnahme sofort scharfen Protest erhoben. Trotzdem bleibt die Reichsregierung auf ihrem Standpunkt beharren. Wie warnen die Reichsregierung vor der Durchführung dieses Planes, Bayern den letzten Rest der Selbstständigkeit zu nehmen und setzen einen Berliner Zwangsstaat in Bayern an. Sollte die Reichsregierung trotzdem Bayern verwalten, so fordern wir alle bayerischen Staatsbürger und vor allem die Bauern auf, hierauf die notwendigste Antwort zu geben. Wie sind wir, von den scharfsten politischen Kampfmitteln, wie Unabstufung, Hungerstreik, Streik, Gebrauch zu machen.

Also nicht mehr und nicht weniger als Erklärung der Hungerblockade gegen das übrige Reich, das sich die jeder Klassenbewegung und Massendiktatur abgeneigten Diktatur der bayerischen Agrarier nicht gefallen lassen will. Der Schatten Englands verbleibt. Was im Krieg, von einer feindlichen Macht ausgeht, immer noch einen Nachschub von Berechtigung haben konnte, wird hier als politisches Kampfmittel zu durch und durch reaktionären Methoden, die dem Gesamtwort des Volkes zuwiderlaufen, benutzt, zum gemeinlichen Verbrechen. Die bayerischen Reaktionäre, die ihren Patriotismus darin sehen, den staatlichen Zusammenhang Deutschlands zu lockern und ihren porzellanartigen Neigungen zu fröhnen, und mit der Ausbürgerung drohen, falls man ihnen nicht zu Willen ist, sind wahrhaftig die Feinde des Volksgenossen!

## Ein Justizmordversuch.

Unsere Leser erinnern sich noch des bereits in unserm Blatt geschilderten hand-gerichteten Verfahrens, das gegen den Genossen Bernhard Haase aus Schwabbe in der zweiten Kammer des Reichsgerichts in Göttingen stattfand. Genosse Haase wurde dortselbst als angeklagter Mordtäter beim Landfriedensbruch zum Tode verurteilt. Nur mit Mühe gelang es, die Verurteilung dieses Mordtates abzuwenden. Wir haben fast rastlos die Grausamkeit lieb man unsern Genossen in Unkenntnis von der Aufhebung des handgerichteten Urteils, und man ließ ihn alle Qualen der Todesangst durchleben. Er mußte von seinen fünf Anverwandten, die erst kurz vorher ihre Mutter durch den Tod verloren hatten, Abschied nehmen, damit sich eine verurteilte Soldateska an dieser Selenpein ihres Opfers werden konnte.

Jetzt ist die Sache nun an die ordentlichen Gerichte übergeben worden, und diese haben unsern Genossen auf den Antrag seines Rechtsanwalts Dr. Siegfried Weinberg fordern aus der Haft entlassen, weil überhaupt kein für den Haftbefehl ausreichender Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt. Trotzdem war dieser nicht einmal für einen Haftbefehl ausreichende Verdacht für die Offiziersrichter ausreichend, um ein Todesurteil gegen einen Ehrenmann zu fällen.

Könnte auch in diesem Falle das Schlimmste noch verhängt werden, so zeigt er doch mit prägnanter Deutlichkeit, daß sich das ganze handgerichtete Verfahren bei einer einigermaßen abschließenden richterlichen Nachprüfung als ein drapierisches Verbrechen darstellt. Wann wird endlich gegen die Richteroffiziere, deren Willen allein in den blühenden Verurteilungen Tausende unserer Genossen zum Opfer gefallen sind, eingeschritten werden?

## Der Segen der Militärjustiz.

Kessel auf freiem Fuße.

Hauptmann v. Kessel, einer der Hauptjustizier zum Matrosenklub in der Französischen Straße, wurde plötzlich schwer krank, als sich in dem gegen ihn angehängten Reineidsprozeß die Beweise darzulegen begannen, daß seine Verurteilung so gut wie sicher war. Er hatte eine schwere Lungenerkrankung, die über 40 Grad Fieber bekommen, und die Krankheit wüthete darauf in seinem Körper, daß der Prozeß verlagert werden mußte. Kessel aber wurde aus der Inver-

antwortung entlassen. Das war ein neuer Stand, den sich die Militärjustiz in Sachen des Matrosenklubs leistete; denn Kessel durfte, wenn er wirklich krank war, höchstens in der Krankenstation untergebracht werden, niemals aber auf freiem Fuß kommen. Denn so und nicht anders wurde in der Praxis bisher mit Verdächtigen umgegangen.

Bei Kessel aber glaubte das Kammergericht eine Ausnahme machen zu können. Es tat recht daran, denn Kessels Zustand war wirklich ernst, so ernst, daß er ein paar Wochen später, als der Kapp-Putsch kam, mit beiden Beinen aus dem Krankenbette sprang, sich frisch und gesund den Bescheidern zur Verfügung stellte und neue Gewaltaktionen gegen die Arbeiterchaft unternahm. Wir gehen wohl kaum fehl, wenn wir angesichts des schnellen Gesundens erklären, daß mit der „Krankheit“ Kessels eine große Komödie gespielt wurde. Wer anderer Auffassung ist, möge an Wunder glauben.

Nun kommt aber das Schlimmste. Als der Kapp-Putsch sein fröhliches Ende gefunden hatte, wurde Kessel auf Verlangen der Arbeiterchaft aus dem Sicherheitsdienst entfernt. Er wurde nun nicht etwa sofort wieder in Haft genommen, sondern das Kriegsgericht Wien mit dem Wandel der Dinge ganz einverstanden zu sein. Kessel befindet sich heute noch auf freiem Fuße. Er ist für den nächsten Krieg der Justiz vielleicht schon nicht mehr zu erreichen. Das ist der Segen der Militärjustiz in Deutschland. Das Recht ist zu einer Farce geworden. Die Gelsenburg-Komödie wird zur normalen Rechtsform. Wir aber fragen allen Ernstes, ob es im ganzen Deutschen Reich wirklich keine Stelle gibt, die die Kameradergerichte aufmuntert, den Schein des Rechts wenigstens noch außen hin zu wahren. Das Reichswehrministerium, der Justizminister haben dazu das Wort.

## Ein tolles Stückchen.

Sonderbare Zustände scheinen in Braunschweig zu herrschen. Dort ist der Geschäftsführer unserer Brudervereinigung, auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er am 14. März die Deutschland und den Betrieb politischer Flugblätter anordnete, in denen die revolutionäre Arbeiterchaft zum Kampfe gegen die Militaristen und zum Generalstreik aufgefordert wurde. So heißt es wortfroh in dem Strafbescheid, der von dem „Herzoglichen Amtsgericht“, gr. O. Ouch, ausgesprochen wurde. Ganz abgesehen davon, daß Braunschweig kein Herzogtum, sondern ein Freistaat ist, beweist der Strafbescheid, daß die Braunschweiger Staatsanwaltschaft und das Amtsgericht einer unreaktionären Gesinnung huldigen. Diese Herren sind scheinbar darüber erhebt, daß der Kapp-Putsch durch den Generalstreik ermöglicht wurde. Sie wollen sich dafür rächen, indem sie die Verantwortlichen des Generalstreiks mit Geldstrafen belegen. Was den Strafbescheid selbst betrifft, so ist die Verurteilung eingeleitet worden. Wir erwarten, daß er schließlich zurückgenommen wird. Die Braunschweiger Staatsanwaltschaft aber läßt dieser, sich in Zukunft mit der Verfolgung der Hochverräter zu befassen, nicht aber mit denjenigen Personen, die den Kapp-Putsch unter großen Opfern abgewehrt und dadurch der heutigen Regierung die Rückkehr von der Macht ermöglicht haben.

## Reichswehrminister Behler und die „Freiheit“.

Von einem führenden Genossen aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

In seiner gestrigen Rede behauptete der Reichswehrminister Behler, die „Freiheit“ habe geschrieben, daß circa 100 000 Schüsseln im Ruhrgebiet in Verwahrung gekommen wären. Was jetzt aber nur etwa 60 000 Schüsseln abgegeben, das sei ungenügend.

Wir möchten demgegenüber feststellen, daß die genaue Zahl der Gewehre doch leicht durch eine Zusammenstellung durch die Gemeinden gewonnen werden kann.

Es können aber nicht mehr Gewehre da sein, als bei den Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei vorhanden waren, wozu noch die der Reichswehr abgenommenen Waffen kommen. Eine Kleinigkeit wird es sein, auch in den noch nicht von der Reichswehr besetzten Gebieten die Erfassung von noch nicht abgegebenen Gewehren durch Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Dazu braucht man aber keine Reichswehr.

Es ist eine durch nichts begründete Annahme, als ob im Ruhrgebiet noch Tausende von Waffen verstreut seien, eine Behauptung, die nur dazu dienen soll, das völlig unbegründete weitere Verdichten der Reichswehr in der neutralen Zone zu rechtfertigen.

Drohender Generalstreik in Oberschlesien. Da es von den Angestelltenorganisationen in Katowitz dem Arbeiterverband gehalten, die Witkooch besetzten Wohnungen in den wichtigsten Punkten abgeräumt werden, ist mit dem Ausbruch eines Generalstreiks in Oberschlesien zu rechnen.

Die rechtsreaktionäre „Demeter Volksstimme“ ist wegen eines Artikels, in dem die Franzosen einer kurzfristigen Hochpolitik geziehen werden, von dem französischen Luftwaffenkommandeur auf die Damer von vier Tagen verboten worden.

Der Republikanische Führerbund beantragt am Freitag, den 14. d. M., 7 Uhr abends, im Arbeitervereinshaus Alexanderplatz eine öffentliche Versammlung. Thema: Unsere Wehrmacht. Es werden sprechen: Major Müller-Oranienburg, Delegierter Blieskastel und Reimant Union Brück. Nach den Referaten findet eine freie Aussprache statt. Eintrittskarten für Nichtmitglieder des Bundes im Preise von 1 M. sind im Vorkauf in der Geschäftsstelle des Bundes, Berlin NW 6, Aufseherstr. 14, und an der Abendkasse zu haben.

## Aus der Partei.

### Vorbereitung zur Reichstagswahl im Bezirk Halle.

Sämtliche Kreisvereine der U.S.P. im Regierungsbezirk Merseburg hielten am Sonntag, den 11. April, ihre Generalversammlung ab, in der sie sich mit den Lehren der hinter und vorderen Aktion und mit den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen beschäftigten. In sämtlichen 8 Kreisen beschloß man, die Beiträge ganz bedeutend zu erhöhen, und zwar auf 40 Pf. Wochenbeitrag für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder. Die Kreisvereine Wittenberg, Schweinitz und Halle-Saalkreis beschloßen sogar einen Beitrag von 50 Pf. für männliche Mitglieder. Auch wurde in einigen Kreisen der weibliche Beitrag auf 20 Pf. festgesetzt. In Sangerhausen, Garsitzwende, Wittenberg, Schweinitz und Torgau-Triebenwerda wurden Parteisekretariate beschloßen, so daß nunmehr alle 8 Kreise des Halleischen Bezirkes hauptberufliche Agitatoren besitzen. Die Generalversammlung Reich-Weißenseels-Raumburg trat in einer Resolution prinzipielle Forderung der Massenpartei und proletarischen Massen der Schrecken herrschaft, die

die reaktionäre Soldateska nach dem Kapp-Putsch-Putsch in Raumburg aufgerichtet hat. Sollten die sich immer noch in der feindlichen Genossen nicht sofort befreit werden, so würde die Arbeiterchaft des mitteldeutschen Kohlenreviers mit allen Mitteln, letzten Endes mit der Waffe des Generalstreiks, die Freilassung dieser Opfer der Gegenrevolution erzwingen.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaten des Halleischen Bezirkes nimmt der Bezirkstag vor, welcher am 18. April zusammentritt.

## Gewerkschaftliches.

### Generalversammlung der Berliner Buchbinder.

Am Montag hielt die Berliner Gewerkschaft der Buchbinder der Provinz die Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung ab. Zuerst wurde die Vorlage der Statutenkommission, die Neuregelung der Einheitsbeiträge der Funktionäre der Gewerkschaften vorzunehmen, erledigt. Die Vorlage wurde angenommen, jedoch soll die Änderung ab 1. April d. J. erfolgen.

Hildebrandt erstattete dann einen Bericht über die letzte Versammlung. Daraus ist hervorzuheben, daß der Bezirk es für notwendig erachtet, daß sämtliche Hilfskräfte der Organisation in ein festes Anstellungsverhältnis zu bringen sind. Weiter beschloß die Gewerkschaft mit einem Antrag des ehemaligen Verbandsvorstandes Hermann Kisch. Dieser verlangte die Ausgabe von 45 000 M. für Heberhunden, die er während seiner Amtszeit geleistet haben will. Das wurde von dem Bezirk abgelehnt. Am Schluß seines Berichtes wies Hildebrandt darauf hin, daß hier in Berlin nicht mehr nach dem alten bürokratischen Stil gearbeitet werden soll, sondern daß alle Arbeit der Gewerkschaft, der Buchbinderorganisation der Gewerkschaft und das Gepräge einer Massenorganisation zu werden. In der Diskussion über Hildebrandts Bericht an der Haltung Kisch. Er gab bekannt, daß Kisch jetzt Generalsekretär der Deutschen nationalen Volkspartei geworden ist. Hildebrandt folgte dem Antrag ein, der einstimmig angenommen wurde.

Die ununterbrochene, die Interessen der Arbeiterchaft schützende Handlung des ehemaligen Vorsitzenden Emil Kisch, zeigt immer deutlicher, daß dieser ein Schädling der Arbeiterbewegung ist. Die Halleische Zeitung sieht es als eine Ehrenpflicht an, sich von diesem Schädling, der sich jetzt sogar als Sekretär der Deutschen nationalen Volkspartei betätigt, zu befreien und ihn aus dem Buchbinderverband auszuscheiden.

### Differenzen im Tischegewerbe.

Die Section der Tischlerarbeiter nahm in einer Versammlung zu der letzten Jahreshauptung der Bauarbeiter Gewerkschaft auf Grund der ungelösten zentralen Verhandlungen anhalten die Bauarbeiter seit 4. eine Zulage von 100 Pf. pro Stunde. Die Unternehmern des Tischlergewerbes haben die jetzt die Verhandlungen verweigert. Die Anwesenden nahmen mit Entrüstung davon Kenntnis und erklärten in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution, daß sie die Zulage einfordern, wenn nicht bis zum 14. 4. eine ähnliche Zulage der Tischlermeister vorliegt.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Sectionleiter Lorenz am 11. herausgab, daß eine erste Zulage der Tischlermeister zu bezeichnen ist. Neben den andern Arbeitern der Tischlergewerkschaft bereite die Beschaffung der Hilfsmittel im Tischlergewerbe große Schwierigkeiten. Die Wahl der Sectionleiter ergab als Sectionleiter Lorenz (einstimmig), als Stellvertreter Weller, als Schriftführer Wapfelmann.

### Verhärteter Kampf im Gastwirtsgeerbe!

Seit 4 Monaten verlaufen die palästinensischen Angelegenheiten, einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen. Am 12. April 1920 fanden wieder Verhandlungen statt. Die Arbeitergewerkschaft beharrte auf der Forderung des Streiks im Gastwirtsgeerbe. Die Organisationsleiter erklärten, sobald hier die andere Punkte eine Einigung erzielt sei, werden sie dafür einstehen, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen. Auch das wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Verhandlungen sind durch die Streikhaftigkeit der Unternehmern gescheitert. Am 18. April 1920 trat im Cafe Stern die außerordentliche, jetzt beschlossene Generalversammlung der Gewerkschaft der Gastwirtsgeerbe. Sie beschloß die Unternehmern des Gastwirtsgeerbe, berichte über die seit mehr als vier Monaten schwebenden Tarifverhandlungen, die nunmehr als gescheitert zu betrachten sind. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an: Die am 18. April 1920 jagende Generalversammlung stellt fest, daß die Unternehmern bis zur Stunde die Angelegenheiten unter das Volk geführt haben. Seit 4 Monaten steht die Organisationsleiter mit den Unternehmern in Verhandlungen und heute ist der Tarifvertrag noch nicht unterzeichnet. Die Versammlung beschloß die Unternehmern die palästinensischen Angelegenheiten und der tarifrechtlichen Verhandlungen, alle Schritte zu unternehmen, um endlich zu einem beschließenden Resultat zu gelangen. Die Unternehmung erklärt alle Vorkommnisse, die den kommenden Kampf zum Siege zu führen.

Versammlung der Schneider und Schneiderinnen. Eine Mitgliebertagung der Berliner Schneider und Schneiderinnen trat am Dienstag mit der Wahl der unbesoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes, nach dem Wahllokal hielt Genosse Schumacher ein längeres Referat über den Generalstreik. Der mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hing aus in der Warnung, daß die Arbeiterchaft sich der Verdrängung wegen nicht die Hände ruhig schlagen dürfe. Voraussetzung der Einigung des von der Regierung der Arbeiterchaft ausgehenden Beschloß sei die Einigkeit der gesamten Arbeiterchaft, nur sie kann die militärische Reaktion brechen und den erneut drohenden Putsch verhindern. Dem Referat schloß sich eine kurze Aussprache an. Zweifelslos schloß sich die erdrückende Mehrheit der Versammlung den Ausführungen des Genossen Schumacher an.

Die Liste unserer Genossen mit den Vorkandidaten für die unbesoldeten Hauptvorstandmitglieder wurde mit 335 — 324 Stimmen gewählt. Eine Sonderliste der S. P. D. fand mit 20 — 21 Stimmen Ablehnung. — Eine Kellerversammlung für die Opfer der Kapp-Putsch-Wunde brachte 210 M.

Königliche Gewerkschaften Charlottenburg! Wie die Genossen, die gewillt sind, in die Sicherheitspolizei und in die neu zu gründende Ordnung einzutreten, können sich noch nicht von 8. 3. 1920 nach dem Antrage der Charlottenburger Gewerkschaftskommission, Genossen Otto Kemming, Postfachstr. 13, v. 4. Tr., in die Listen eintragen lassen. Wünschenswert die Gewerkschaft, Mitglieder und sonstige Kundtzeile sind mitzubringen. Der Ausschuß der Charl. Gew.-Kom.

## Zähne 4 Mark!

mit echtem Friedens-Kautschuk  
schönes, natürliches Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.  
Zahnziehen mit Brillen, Heilung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!  
Spezialität: Zähne ohne Gaumen, Kronen von 30 Mk. ab, keine Luxurypreise! Fachärztliche Munduntersuchung und Rat kostenlos!  
Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1  
Flecke Schützenauer Allee, Eingang Danziger Straße.  
Sprechstunden von 9-12, 2-3, Sonntag und Feiertage 9-12.  
In den letzten 2 Jahren über 2000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

